

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. (bei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM., zuzüglich Postgebühren. Einzelnummern 10 Pf.). Alle Postanfragen, Poständerungen und Wechselstellungen sind rechtzeitig zu machen. Am Freitag oder Sonntag werden die Ausgaben bis zum 1. Oktober durch Fernsprecher übermündet. Jeder Abbestellung ist ein Kupon beizugeben, wenn der Betrag durch eingetragene Geschäftsleute erfolgt ist, wenn Porto befreit.



Wilsdruff, die 3. gestrichelte Poststraße im jetzigen Teile 1 Wilsdruff. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die 4. gestrichelte Poststraße im jetzigen Teile 1 Wilsdruff. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die 4. gestrichelte Poststraße im jetzigen Teile 1 Wilsdruff. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 251 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postbez.: Dresden 2640 Dienstag, den 25. Oktober 1932

Der Kanzler vor dem Handwerk. Sorge für Handwerk und Mittelstand

Auf der Obermeißertagung des Berliner und märkischen Handwerks hielt Reichskanzler von Papen folgende Rede:

Wie ich bei früherer Gelegenheit wiederholt betont habe, muß die Reichsregierung jede ihrer wirtschaftspolitischen Maßnahmen in ihrer Wirkung auf die Gesamtheit prüfen und bei allen ihren Maßnahmen die Rücksicht auf das Ganze entscheiden lassen.

Die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung, die die deutsche Wirtschaft über den Tiefpunkt der Depression hinüber zu neuem Wiederaufstieg führen sollen, haben sich, das darf ich wohl erneut feststellen, bisher als richtig erwiesen. Bewährt hat sich vor allem der Grundgedanke der Maßnahmen, in erster Linie die Initiative des Unternehmertums wieder anzuregen und den Binnenmarkt, der ja gerade für Handwerk und Kleinvererbe entscheidend ist, zu stärken. Unsere gegenwärtige Lage fordert ein Wagnis zur Überwindung der Depression, für müssen die Risikomöglichkeiten genau abgewogen und engbegrenzt sein, und sie dürfen nicht außer Verhältnis zum erzielbaren Erfolg stehen. Das ist von uns, wie ich überzeugt bin, genügend berücksichtigt worden. Wir haben unser Programm auf dem Boden psychologischer und materieller Tatsachen aufgebaut und es nicht in den leeren Raum hineinzuschreiben, wie es bei so manchen Weltberühmten der Fall ist, die zwar phantasiebegabter sein mögen als wir, aber Luftschlösser bauen, wo nur ernüchterte Überlegung weiterhilft!

Ich begrüße es deshalb, wenn auf der kürzlich in Berlin stattgefundenen öffentlichen Tagung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes Herr Abgeordneter Tarnow

die Bereitschaft der Gewerkschaften erklärte, dem wirtschaftlichen Teile des Regierungsplanes die Chance zuzubilligen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen. Ich hoffe, daß damit nicht nur nicht ein passives Abwarten und Beiseitegehen ausgedrückt werden sollte, sondern positive Mitarbeit in Aussicht gestellt wird.

Denn nur durch die willige Mitarbeit unseres ganzen Volkes kann das Werk der Krisenüberwindung gelingen. Die Zeiten, da man talentlos beiseitestand in der von parteipolitischen Rücksichten diktierten Hoffnungslosigkeit, andere werde mit seinen Plänen Schiffbruch erleiden, müssen vorüber sein. Es geht um das Ganze, um uns alle, um jeden einzelnen, um Gegenwart und Zukunft!

Ganz zu Unrecht wird der Reichsregierung vorgeworfen, ihre Sorge gelte in erster Linie der Großwirtschaft. Ein solcher Vorwurf verkennt völlig die enge Verflechtung, die alle Zweige der Volkswirtschaft miteinander verbindet. Gerade die Ereignisse der letzten Jahre haben ja im Osten unseres Vaterlandes zur Evidenz die Schicksalsverbundenheit des deutschen Handwerks mit der Landwirtschaft erwiesen. Hier bringt übrigens die jetzt veröffentlichte Zweite Entschuldigungsverordnung für das Ostpreußen gerade den durch die Entschuldung in Schwierigkeiten geratenen Handwerker- und Handelskreisen eine rasche und sichtbare Erleichterung. Aber auch mit der Industrie sind Handwerk und Kleinvererbe auf das engste verbunden.

Wenn die Fabrikfabriken rauchen, regt sich auch in den Werkstätten des Handwerks neues Leben. Wenn der Landwirt auskömmliche Preise erzielt, so setzt es zu allererst den Handwerker in Lohn.

Meine Herren, ich habe schon öfter betont, daß das schwere Werk, die deutsche Wirtschaft wieder zu neuem Aufstiege zu führen, vom Vertrauen breiterer Volksschichten getragen sein muß. Alle Vernunftsgründe sprechen heute dafür, daß dieses Vertrauen in eine günstigere wirtschaftliche Fortentwicklung gerechtfertigt ist. Wenn ich immer wieder betone, daß die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung eine

ausgesprochene Mittelstandspolitik ist, daß sie die Erhaltung jener breiten, von den Kriegsjahren besonders bedrängten Schicht des deutschen Bürgertums will, dann werden Sie meinen Ausführungen entnehmen haben, wie sehr uns diese Aufgabe am Herzen liegt.

Zur Lösung der großen Aufgaben der Mittelstandspolitik der Reichsregierung, meine Herren vom Handwerk, gehört aber auch, daß das Handwerk seine alte gute Tradition aufrechterhält, gute und preiswürdige Arbeit zu liefern, denn Qualitätsarbeit findet gerade heute Nachfrage und Anerkennung.

Die gute alte Tradition des Handwerks, meine Herren, geht aber über das rein Wirtschaftliche hinaus. Alles Wirtschaftliche hat ja seine Wurzeln nicht im Kalkulieren von Gewinn und Verlust, sondern es senkt sie tiefer hinein in den Zusammenhang des Lebens, in dem es steht. Ich bin zu Ihnen gekommen, meine Herren, weil ich in den Vertretern des Handwerks etwas anderes sehe als die Vertreter irgendeiner Bevölkerungsschicht. Das Handwerk hat die Eigenartlichkeit an sich, daß es

keine Arbeitsmarktpartei darstellt, sondern einen Berufsstand.

Darin liegt seine bleibende Bedeutung im Bau unserer Gesellschaft und unseres Staates. Wer die marxistische Idee des Klassenkampfes ablehnt, wird in der Ausgestaltung der Berufsstände und der Arbeitsgemeinschaft den Weg zur Volksgemeinschaft finden. Meine Herren, es ist ein beliebtes Schlagwort im Wahlkampf geworden, die Regierung wolle die Rechte des Volkes antasten.

Wir denken nicht daran, das zu tun! Wir sind im Gegenteil der Überzeugung, daß über nebensächlichen Dingen, über Parteigeiz und Nachfragen, die eigentlichen Rechte des Volkes vergessen werden sind.

Diese Rechte und Freiheiten aber geben dem Staat und der Verfassung erst ihren eigentlichen Inhalt und ihr soziales Fundament. Die Regierung steht vor der unabwendbaren Aufgabe, das Volk instandzusetzen, diese seine Rechte wieder auszuüben. Man hat geglaubt, mich darauf hinweisen zu müssen, daß wir uns in einer Krise des Rechts ohnegleichen befinden, daß die Lebensgrundlage des Staates unterwühlt sei. Ja, meine Herren, das ist richtig, aber nicht die Regierung hat diese Krise herbeigeführt, nicht die Leute haben die Lebensgrundlage des Staates unterwühlt, die sich jetzt seit fünf Monaten unter Einsatz ihrer ganzen Kraft bemühen, den Schutt der letzten 13 Jahre fortzuräumen, sondern die Führer der Parteien, die in jenen 13 Jahren Deutschland mit ihrem Streit erfüllt haben, sie sind es gewesen, die die Grundlage unseres Verfassungslebens ins Wanken gebracht haben.

In diesem Zusammenhang muß ich ein offenes Wort zu den programmatischen Ausführungen des Führers der Zentrumspartei in Münster sagen, den Ausführungen, die mir für eine große und — wie sie selbst immer betont — staatsverhaltende Partei ein allzu reichliches Maß von Verneinung enthielten. Der Führer des Zentrums stellt in dem Bestreben, seine Partei und das Parlament von den Vorgängen des 12. September reinzuwaschen, die Dinge auf den Kopf, wenn er behauptet, die Regierung habe eine Aussprache gelehrt und sei dem offenen Kampf mit dem Parlament ausgewichen. Das Gegenteil ist der Fall.

Hier, scheint mir, liegt die tiefste Fehlerquelle der Nichtfunktion des politischen parlamentarischen Lebens: in der Tatsache der Vergewaltigung der politischen Persönlichkeit durch die Parteimaschine und Bürokratie. Es ist dem deutschen Volke vielleicht noch gar nicht einmal zum Bewußtsein gekommen, daß eine Mehrheit dieses letzten Reichstages entgegen der ausdrücklichen Verfassungsbestimmung, wonach „die Abgeordneten nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden sind“, Befehle für ihr politisches Handeln nicht einmal von ihren Fraktionsführern, sondern von Stellen erhielten, die mit dem Reichstag nicht das geringste zu tun haben.

Die deutsche Wirtschaft wird nicht gehesigt werden können, wenn nicht gleichzeitig geistliche politische Verhältnisse hergestellt werden! Und man wird den politischen Verhältnissen keine feste und dauernde Gestalt geben können, wenn man nicht die Fehler beseitigt, die unsere Verfassung in den letzten dreizehn Jahren gezeitigt hat. Eine Verfassung soll dem Volkswillen die Wege weisen zur verantwortlichen Mitarbeit an der Leitung der Geschichte von Staat und Volk. Der Wille des Volkes kann aber in einem Reichstag seinen Ausdruck finden, der

Handwerk und Arbeitsbeschaffung

Das Arbeitsbeschaffungs-Programm wird aber für die handwerkliche Wirtschaft nicht nur den mittelbaren Nutzen, den ich eben schilderte, bringen, sondern es werden in Auswirkung des Programms gewaltige Summen an Aufträgen dem Handwerk unmittelbar zufließen. Die öffentlichen Stellen sind bereits mit der Erteilung beträchtlicher Aufträge vorangegangen. Insgesamt werden von ihnen in den nächsten Monaten öffentliche Arbeiten im Werte von nahezu dreiviertel Milliarden Mark in Auftrag gegeben werden. Mit diesen Beträgen werden Arbeiten finanziert, die zu einem beträchtlichen Teile von Handwerkern ausgeführt werden müssen. Pläne für weitere öffentliche Arbeiten, die in großem Umfang von den Kommunen vergeben werden sollen, sind in Vorbereitung.

Mit Nachdruck wird darauf hingewirkt, daß alle beteiligten verantwortlichen Behörden und Stellen bei der Vergabe dieser Arbeiten, soweit es technisch irgend möglich ist, Handwerk und Mittelstand bevorzugen.

Auch die Steuerergüsse und die Beschäftigungsprämie werden dem Handwerk erhebliche Vorteile bringen. Die Steuerergüsse werden, wie Sie wissen, bei der Umsatz-, Gewerbe- und der Grundsteuer ausgeben, Steuerkarten, die für den Handwerker von entscheidender Bedeutung sind. Die Beschäftigungsprämie wird besonders auf die mittleren Betriebe belebend wirken. Gerade beim Handwerk ist eine Möglichkeit zu neuen Einstellungen, besonders für Hausreparaturen und dergleichen, vielfach gegeben und die Höhe der Prämie — etwa 1,30 pro Arbeitstag — ermöglicht es dem Handwerker, seinen Kunden in der Kalkulation entgegenzukommen.

Weiterhin hat die Reichsregierung eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die der besonderen Not des Handwerkerstandes steuern sollen. Im Mittelpunkt dieser Maßnahmen steht die Vereinfachung von 50 Millionen Mark für die Vornahme von Hausreparaturen.

Ich kann nun mit Genugtuung feststellen, daß diese Maßnahmen den gewünschten Erfolg bringen werden, denn schon jetzt wird von diesen Zuschüssen in sehr großem Umfang Gebrauch gemacht, obwohl die erforderlichen Durchführungsbestimmungen erst vor wenigen Tagen erlassen worden sind.

Nach einer Mitteilung aus Kreisen des Handwerks sind bereits in zehn Tagen Anmeldungen für Reichszuschüsse zu Reparaturen an Hausgrundstücken in etwa 250 Orten im Gesamtbetrag von rund 23 Millionen Mark

eingegangen. Die überwiegende Mehrzahl darunter betrifft Aufträge über 500 Mark. Insgesamt wird mit Auftragserteilungen von 300 bis 400 Millionen Mark gerechnet.

Es wird dafür Sorge getragen, daß auch Aufträge erteilt werden, die erst im Frühjahr ausgeführt werden können, damit die Handwerksmeister in der sicheren Erwartung der Frühjahrsarbeit ihre alten Hilfskräfte im Winter nicht entlassen.

Die eben von mir erwähnten Durchführungsbestimmungen, meine Herren, sehen ausdrücklich ein Verbot der Schwarzarbeit vor, das bei der hier vorliegenden Begrenzung auf ein verhältnismäßig enges Arbeitsgebiet und bei den vergleichsweise einfachen Kontrollmöglichkeiten durchführbar ist. Schwarzarbeit kann durch staatliche Verbotsvorschriften an sich nicht zum Verschwinden gebracht werden. Sie ist nur durch eine Wiederbelebung der Wirtschaft wirksam zu bekämpfen. Um jeden Arbeitnehmer, den Sie in Auswirkung der neuen Wirtschaftspolitik mehr zu beschäftigen vermögen, wird das Heer der Schwarzarbeiter sich mindern. Wenn in den Kreisen des Handwerks die Befürchtung aufgetaucht ist,

der freiwillige Arbeitsdienst könne den Arbeitsmöglichkeiten des Handwerks Abbruch tun, so ist diese Meinung unbegründet. Die Voraussetzungen des freiwilligen Arbeitsdienstes sind so eng umgrenzt, so völlig auf zusätzliche und gemeinnützige Arbeiten abgestellt, daß ein Hinübergreifen in die Sphäre der Wirtschaft nicht erfolgen wird.

Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß zur Übernahme von Aufträgen besonders die kleinen und mittleren Betriebe der

Zusführung neuen Kapitals bedürfen, daß sie vielleicht verloren haben. Sie hat deshalb der Bank für Deutsche Industrie-Obligationen 50 Millionen Mark Reichsschuldanweisungen zugeführt, die diese in die Lage setzen sollen, längerfristige Kredite an kreditbedürftige Unternehmer, insbesondere des Kleinverwerbes, zu geben.

Im Rahmen dieser Maßnahmen liegt es auch, daß die Reichsregierung bereit ist, den gewerblichen Kreditgenossenschaften, also den berufenen Kreditinstituten des Mittelstandes, zu helfen.

Die Reichsregierung ist sich der Schwere der sozialen Lasten, die gerade das Kleinvererbe drücken, bewußt. Auch hier wird eine sichtbare Erleichterung eintreten können, wenn der Druck der ungeheuren Krise von Deutschland zu weichen beginnt.

Handwerk und Mittelstand bevorzugen.

Auch die Steuerergüsse und die Beschäftigungsprämie werden dem Handwerk erhebliche Vorteile bringen. Die Steuerergüsse werden, wie Sie wissen, bei der Umsatz-, Gewerbe- und der Grundsteuer ausgeben, Steuerkarten, die für den Handwerker von entscheidender Bedeutung sind. Die Beschäftigungsprämie wird besonders auf die mittleren Betriebe belebend wirken. Gerade beim Handwerk ist eine Möglichkeit zu neuen Einstellungen, besonders für Hausreparaturen und dergleichen, vielfach gegeben und die Höhe der Prämie — etwa 1,30 pro Arbeitstag — ermöglicht es dem Handwerker, seinen Kunden in der Kalkulation entgegenzukommen.

Weiterhin hat die Reichsregierung eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die der besonderen Not des Handwerkerstandes steuern sollen. Im Mittelpunkt dieser Maßnahmen steht die Vereinfachung von 50 Millionen Mark für die Vornahme von Hausreparaturen.

Ich kann nun mit Genugtuung feststellen, daß diese Maßnahmen den gewünschten Erfolg bringen werden, denn schon jetzt wird von diesen Zuschüssen in sehr großem Umfang Gebrauch gemacht, obwohl die erforderlichen Durchführungsbestimmungen erst vor wenigen Tagen erlassen worden sind.

Nach einer Mitteilung aus Kreisen des Handwerks sind bereits in zehn Tagen Anmeldungen für Reichszuschüsse zu Reparaturen an Hausgrundstücken in etwa 250 Orten im Gesamtbetrag von rund 23 Millionen Mark